

**ÖSTERREICH
GEHT ANDERS:**

UMWELT,

NACH-

HALTIGKEIT

& LEBENS-

QUALITÄT

news



DIE HERAUSFORDERUNGEN

NACHHALTIGKEIT UND GENERATIONENGERECHTIGKEIT

Wir befinden uns in einem Zeitalter, in dem die Menschheit irreversible globale Veränderungen auslöst. Das Stockholm Resilience Center¹ definiert neun Belastbarkeitsgrenzen für unseren Planeten. Das Verlassen der sicheren Zonen dieser Grenzen kann irreversible Umweltveränderungen verursachen bzw. das Überleben der Spezies Mensch gefährden.

Einträge von Stickstoffverbindungen und Phosphaten in Böden und Gewässer, die Nutzung von Frischwasser und die Abnahme der Biodiversität liegen selbst in Teilen der EU bereits im Bereich hohen Risikos. Landnutzung und Klimawandel bewegen sich in der gefährdeten Zone, wobei erhöhte Methanemissionen und Wechselbeziehungen zwischen den Sektoren das Risiko vermutlich stark erhöhen². Das Zeitfenster zur Trendumkehr ist allerdings extrem gering. Um irreversible Schäden für das Ökosystem Erde zu vermeiden, müssen die EU- Mitgliedsstaaten die CO₂ Emissionen bis 2050 um 80% (Basis 1990) verringern³.

Die Abnahme der Dicke der Ozonschicht und die Versauerung der Ozeane befinden sich zwar noch im sicheren Bereich. Letztere sind jedoch durch die klimabedingte Versauerung und durch andere Naturphänomene extrem gefährdet. Die massive Versauerung der Ozeane wird durch das weltweite Korallensterben sichtbar und gefährdet z.B. auch die Fischressourcen⁴.

1 <http://www-ramanathan.ucsd.edu/files/pr210.pdf>

2 <http://iopscience.iop.org/article/10.1088/1748-9326/11/12/120207>

3 http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar5/syr/AR5_SYR_FINAL_SPM.pdf

4 https://web.archive.org/web/20080625100559/http://www.ipsl.jussieu.fr/~jomce/acidification/paper/Orr_OnlineNature04095.pdf

Für die Einträge von Aerosolen in die Atmosphäre und Chemikalien und anderen modifizierten Stoffen in die Umwelt konnten noch keine sicheren Zonen definiert werden. Da aber ein potentiell Risiko für globale Veränderungen besteht, erscheint es angemessen, verstärkt nach dem Vorsichtsprinzip zu handeln.

Die Antwort der internationalen Gemeinschaft auf diese Herausforderungen waren die Ratifizierung des Klimaabkommens von Paris sowie die Verabschiedung der 17 Sustainable Development Goals bzw. der Agenda 2030 der UNO Vollversammlung, die unter Berücksichtigung lokaler Gegebenheiten umzusetzen sind.

Um nachfolgenden Generationen eine intakte Umwelt zu hinterlassen müssen Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft zusammenarbeiten, um Umweltbelastungen in den sicheren Zonen zu halten oder in die sicheren Zonen zurückzuführen. Eigenverantwortlich handelnde Bürger_innen haben in liberalen Marktwirtschaften die Möglichkeit, durch ihr Konsumverhalten die wirtschaftliche Entwicklung in Richtung der Nachhaltigkeit zu lenken. Eine wichtige Entscheidungsgrundlage dafür ist die Erstellung öffentlich zugänglicher länderübergreifender Bilanzen des Ressourcenverbrauchs, der Schadstoffemissionen und des Recyclingaufwands nach dem Verursacherprinzip.

Darüber hinaus muss der ökologische Fußabdruck insbesondere in den Industriestaaten reduziert werden, damit auch zukünftige Generationen und alle Menschen weltweit mit den gegebenen Ressourcen ein lebenswertes Leben führen können.

RESSOURCEN SCHONEN, NATUR SCHÜTZEN, BIODIVERSITÄT UND ÖKOSYSTEM ERHALTEN

Um zukünftigen Generationen die Lebensqualität von heute zu sichern, ist ein Umdenken erforderlich. Fossile Brennstoffe und andere industrielle Rohstoffe werden in unverantwortlichem Maße verbraucht. Aufgrund steigender Nachfrage und zu hohem Ressourcenverbrauch werden Ökosysteme für immer zerstört. Es gilt daher, im Sinne einer Kreislaufwirtschaft, durch Ressourcenschonung, Verlängerung der Lebenszyklen von Produkten, bzw. durch entsprechendes ökologisches Design, Reparatur und Recycling, eine generationengerechte Wirtschaftsweise zu schaffen.

Die Natur ist unser Lebenserhaltungssystem. Der Verlust natürlicher Lebensräume für Pflanzen und Tiere führt zu einem drastischen Rückgang der Artenvielfalt. Eine Messgröße für Artenvielfalt und die Gesundheit von Ökosystemen ist das Aussterben von Vogelarten oder Pflanzen. Weltweit voranschreitender Artenverlust gefährdet das Ökosystem Erde und das Überleben der Spezies Mensch.

Klassische volkswirtschaftliche Indikatoren (BIP etc.) können ökologische Veränderungen nicht messen. Um den Wohlstand einer Volkswirtschaft abzubilden, müssen auch Zukunftsindikatoren wie Umweltbelastungen, Bildung, Gesundheit und Soziales erfasst werden. Daher ist eine regelmäßige Analyse des Wohlergehens der österreichischen Gesellschaft anhand geeigneter Indikatoren wie das von NEOS mit entwickelten NeuWind Modell⁵ oder internationaler Indikatoren wie GPI und IDI⁶, notwendig.

DEM KLIMAWANDEL ENTGEGENWIRKEN: GLOBAL DENKEN – LOKAL HANDELN

Die massive Zunahme der Emission von Treibhausgasen seit 1880 verändert unsere Atmosphäre und verursachte im Alpenraum in diesem Zeitraum einen Anstieg des Temperaturmittelwerts um ca. 2 Grad Celsius. In Österreich sind Industrie, Verkehr, Energieerzeugung, Raumwärme und die Landwirtschaft die größten Emittenten von Treibhausgasen. Aber auch Feinstaub und andere Schadstoffe gefährden unsere Gesundheit und Umwelt.

Die Erderwärmung hat ebenfalls massive Auswirkungen auf Wirtschaft, Landwirtschaft, Gesundheit, Wetter und Tourismus. Österreich kann mit der gegenwärtigen Politik die EU Klimaziele 2030 keinesfalls erfüllen. Maßnahmen zur stärkeren Entkopplung von Wachstum und Emissionen durch Strukturverbesserungen in Industrie und produzierendem Gewerbe sind erforderlich. In allen Industriesektoren ist eine graduelle Verbesserung und die Umsetzung von „state of the art technology“ nötig.

5 <https://parlament.neos.eu/neuwind/>

6 <https://www.weforum.org/reports/the-inclusive-growth-and-development-report-2017>

Im Energiebereich ist die Erhöhung der Energieeffizienz wesentlich, vor allem in den Sektoren Gebäude, Transport und Produktion bzw. ein sektorübergreifender Ansatz. Der energetische Endverbrauch pro Kopf ist in Österreich um 50% höher als der Durchschnittswert der EU Mitgliedsstaaten und soll daher bis 2050 halbiert werden. Das Potential erneuerbarer Energien ist in Österreich nicht voll genutzt. Im Energiesektor müssen nicht nur der Endverbrauch, der zu 70% durch nicht erneuerbare Energieträger gedeckt wird, sondern auch die Importe fossiler Energieträger deutlich reduziert werden. Angesichts der Variabilität vieler erneuerbarer Energieträger muss Österreich verstärkt in einen optimierten EU-Binnenmarkt integriert werden.

Der Verkehr verursacht mehr als ein Drittel des österreichischen energetischen Endverbrauchs. Trotzdem fehlt es an zukunftsweisenden Konzepten zur Steigerung der Energieeffizienz und am Ersatz fossiler Brennstoffe. Fehlende Konzepte für intelligente Mobilitätssysteme führen zu einem überproportionalen Anstieg des Kfz-Anteils am gesamten Verkehrsaufkommen.

Intensive landwirtschaftliche Bodennutzung führt in Österreich zu hohen Stickstoffbelastungen und zu Lachgas- und Methanemissionen. Der Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln muss daher nach ökologischen und agrarwissenschaftlichen Methoden begrenzt werden, um Schadstoffeinträge und Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Agrarförderungen, die eine landwirtschaftliche Überproduktion stützen, müssen aus eben diesem Grund abgeschafft werden (siehe dazu auch „Pläne für ein neues Österreich“, S. 129ff. Landwirtschaft).

BEWUSSTSEINSBILDUNG UND PARTIZIPATION

Wesentliche Prinzipien einer liberalen Bürgerbewegung sind Eigenverantwortung und Partizipation. Bürger_innen haben die Verantwortung dafür, dass sie selbst und ihre Nachkommen eine lebenswerte Umwelt vorfinden und erhalten. Sie haben dazu nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern in demokratischen Marktwirtschaften die Möglichkeit, die Entwicklung in Richtung der Nachhaltigkeit zu beeinflussen, und zwar durch Information, Mitbestimmung und eigenes Konsumverhalten. Die Nutzung des lokalen Wissens und Citizen Science ist hier ein wesentliches Element. Die Marktmacht der Konsument_innen darf nicht unterschätzt werden. Die Herausforderung besteht darin, durch Bewusstseinsbildung Verhaltensänderung zu erreichen.

UNSERE VISION

NACHHALTIGKEIT LEBEN - LEBENSQUALITÄT, GESUNDHEIT UND GENERATIONENGERECHTIGKEIT - DER MENSCH STEHT IM MITTELPUNKT

Die Politik kommt ihrer Aufgabe nach, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, um Privaten und Unternehmen ökologisch verträgliches, nachhaltiges Wirtschaften, ein gesundes Leben und eine hohe Lebensqualität zu ermöglichen, auch auf Generationen hinaus. Österreich nimmt innereuropäisch und weltweit eine Vorreiterrolle und Vorbildfunktion ein bei Umweltschutz, Nachhaltigkeitsagenda und dem Erhalt der Lebensqualität.

Werte- und Prioritätenwandel, Umweltschutz, Verantwortung, Ressourcenschonung, das Vorsichts- und Verursacherprinzip und auch die langfristige Betrachtung und Partizipation der Bürger_innen bei Entscheidungen sind privat, betrieblich sowie auch politisch neue Schwerpunkte.

Nachhaltiges Denken ist noch stärker in Bildung und Forschung verankert, Österreich bietet als Wirtschaftsstandort das ideale Umfeld für führende Unternehmen im Bereich nachhaltiger Technologien. Wir leben und praktizieren eine Wirtschaftsweise, in welcher Umweltverträglichkeit, Wohlstand und Frieden langfristig gesichert sind und leisten damit unseren Beitrag zu einem dauerhaften Fortbestehen des Planeten Erde. Die UN-Nachhaltigkeitsziele werden zumindest zeitgerecht erreicht.

Belastungen wie Luftverschmutzung, Lärm oder Schadstoffeinträge, die unsere Lebensqualität beeinträchtigen, sind auf ein Minimum reduziert. Wir verfolgen ganzheitliche Lösungen, wie z.B. eine Energie-, Klima- und Mobilitätsstrategie und bundeseinheitliche Rahmenbedingungen für ua. Verkehrs- und Raumplanung.

WIRTSCHAFT IM EINKLANG MIT MENSCH UND UMWELT – INNOVATION UND GRÜNE JOBS

Österreich ist ein attraktiver Standort für Unternehmen, insbesondere für die Green Economy, und in der Entwicklung und Anwendung innovativer, energiesparender und ressourceneffektiver Technologien. In unserer Vision befindet sich der Ressourcenverbrauch auf einem Niveau, das langfristig haltbar ist, ohne Engpässe und Krisen zu riskieren. Die Kreislaufwirtschaft ist ein integrativer Bestandteil aller Produktionsprozesse. Der Rohstoffverbrauch wird durch konsequentes Recycling, Upcycling und durchdachtes Abfallmanagement vermindert.

Ressourceneffektivität, innovative Technologien und steigende Produktqualitäten führen zu nachhaltigem Wirtschaften. Dies zeigt sich nicht nur als Aufwärtstrend in Zukunftsindikatoren (wie z.B. „NeuWind“), sondern führt auch zu steigender Beschäftigung. Angebot sowie Konsumverhalten werden auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Österreich bietet ein ideales Umfeld für Unternehmen im Bereich nachhaltiger Technologien.

In der Landwirtschaft wird eine nachhaltige Wirtschaftsweise angestrebt, die Schadstoffeintrag verringert und Biodiversität erhält und schützt (siehe auch Kapitel Landwirtschaft). Eine Vorreiterrolle Österreichs soll hier angestrebt werden.

SYSTEMWANDEL IN EUROPA: KLIMAWANDEL, ARTENVIELFALT, RESILIENZ

Der Klimavertrag von Paris und dessen Ziele werden erfüllt und auf fortwährende Dauer eingehalten. Österreich hat es geschafft, die relevanten Akteure mittels einer aktiven Klimapolitik dazu zu motivieren, auf Chancen und nicht auf Ängste zu setzen. Langfristiges Ziel ist die Klimaneutralität Österreichs.

Oberstes Ziel hierbei ist die Vermeidung von durch Menschen verursachten globalen Veränderungen. Für die unvermeidbar bevorstehenden Veränderungen des Klimas müssen wir uns wappnen und widerstandsfähiger werden und wir bereiten uns auf künftige Naturkatastrophen besser vor. Für die Zukunft ist ein wesentlicher österreichischer Beitrag zum Schutz unseres Planeten (Naturschutz und die Erhaltung unserer Artenvielfalt) Priorität und Teil einer langfristigen Strategie.

LEITLINIEN & MASSNAHMEN

Die Lebensqualität zukünftiger Generationen kann nur mit einer nachhaltigen und umweltschonenden Entwicklung unserer Wirtschaftsweise sowie unseres Konsumverhaltens gesichert werden. Dies wird einerseits durch eine evidenzbasierte Umweltpolitik sichergestellt, andererseits trägt auch die Zivilgesellschaft aktiv zu diesem Prozess bei. Insbesondere kann der Markt durch gezielten Konsum gesteuert werden, während nachhaltige politische Entscheidungen einer breiten und aktiven Partizipation der Bürger_innen bedürfen. Die „Sustainable Development Goals“ der Vereinten Nationen definieren eine Reihe von Zielen, die für eine nachhaltige Entwicklung prioritär verfolgt werden müssen.

Lösungsorientierte Umweltpolitik braucht Transparenz tatsächlicher volkswirtschaftlicher Kosten, direkter und indirekter Auswirkungen von Umweltverschmutzung und Ressourcenverschwendung. Umweltkontraproduktive Förderungen sowie Förderungen von umweltschädigenden Technologien sind abzuschaffen. Wir setzen uns für Kostenwahrheit ein, die aktuelle, zukünftige und versteckte Kosten sowie externe Kosten transparent in Kalkulationen einbezieht.

Geeignete Rahmenbedingungen für innovatives, junges Unternehmertum leisten einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Volkswirtschaft. Die Ausrichtung von Forschung und Entwicklung auf nachhaltige Technologien, klimaneutrale Mobilitäts- und Energiemanagementsysteme führt zur Ansiedlung neuer Produktionsbetriebe mit hoher Wertschöpfung und Ressourceneffizienz.

EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE VEREINBARUNGEN – PARTIZIPATION

Österreichs Rolle als Umweltmusterland ist durch die weitere Umsetzung internationaler und EU-weiter Verpflichtungen im Umweltbereich zu unterstreichen. Wir sind gefordert hier Österreich als Vorzeigeland mit guter Lebensqualität, nachhaltigem Tourismus, moderner und ressourceneffizienter Industrie sowie einer hochinnovativen Umwelt- und Energietechnologiebranche zu positionieren.

In demokratischen Marktwirtschaften haben Bürger_innen vielfältige Möglichkeiten, zur Verbesserung der Umweltsituation beizutragen. Partizipative Prozesse⁷ wie sie bereits auf EU Ebene bestehen, sind daher für Österreich als Vorbild zu betrachten und umzusetzen.

UNSERE PLÄNE

- Forderung nach der frühestmöglichen Umsetzung und konsequenter Einhaltung von EU- und internationalen Verträgen, wie z.B. der COP21-Beschlüsse von Paris, bzw. der Übernahme einer Vorreiterrolle.
- Rasche und vollständige Umsetzung der fehlenden Elemente der Aarhus-Konvention. Transparente und vollständige Umweltinformationen sowie aktive Einbindung der Bürger_innen in Entscheidungsprozesse sind essentiell.
- Die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) wird einer Novellierung in Richtung raschere und effizientere Verfahren unterzogen.
- Einführung einer längerfristigen öffentlichen Konsultationsphase für Gesetzesinitiativen.

SCHLÜSSELFAKTOR ENERGIE

- Kostenwahrheit für konventionelle und alternative Energieträger und Energiesysteme unter Einbeziehung externer Kosten und Risiken. Damit wird auch der Ausstieg aus der Atomkraft und anderen nicht erneuerbaren Energien EU-weit beschleunigt und ein sukzessiver Übergang zu erneuerbaren Energien ermöglicht.
- Bis zur vollständigen Angleichung der Wettbewerbsbedingungen inklusive Einbeziehung externer Kosten und Risiken: Einrichtung von zusätzlichen kompetitiven Forschungsfonds und Anstoßfinanzierungen bei vielversprechenden Ansätzen, bis zur Marktreife von alternativen Energien.
- Forschung an Energiesparmethoden sowie Ausbau von kleinteiligen, dezentralen Energie- und Abwärmemanagementsystemen zur Steigerung der Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern.

⁷ http://ec.europa.eu/yourvoice/consultations/index_de.htm

- Entwicklung wirtschaftlicher, verlustarmer Energiespeichersysteme für Überschüsse der Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen und Ausbau der Netze zwischen Produktionsstandorten, Speichern und Verbrauchern.
- Ökologisierung des Steuersystems, wie zB. EU weite Besteuerung des CO₂-Äquivalents von Brennstoffen unter der Berücksichtigung der brennstoffspezifischen Schadstoffemissionen. Dadurch ergibt sich auch ein aufkommensneutraler Ersatz der Mineralölsteuer.
- Bis zur Einführung der CO₂ Steuer: Schrittweise und aufkommensneutrale Aufhebung der begünstigten Besteuerung von Diesel durch Angleichung der Steuersätze (Beitrag zu besserer Luftqualität).
- Forcierung thermischer Sanierung öffentlicher Gebäude. Schaffung steuerlicher Anreize zur thermischen Sanierung von privaten Gebäuden.

SCHLÜSSELFAKTOR VERKEHR UND MOBILITÄT

- Integrierte Verkehrspolitik und -planung (bundes- und europaweit).
- Kostenwahrheit und Stauvermeidung: Umstellung von Autobahnvignette und Einzelmautstellen auf kilometerabhängiges Mautsystem ohne Stopps (Tele/Videomaut).
- Die Technologie der Elektro-Mobilität und nachhaltiger mobiler Energiespeicher mit Hochdruck vorantreiben unter Berücksichtigung der Rohstoff- und Recyclingsituation.
- Ausbau der europäischen Eisenbahninfrastruktur als attraktive Alternative zum steigenden Flugverkehr.
- Erweitern der Mineralölsteuer auf Kerosin im europäischen bzw. internationalen Verbund, bei gleichzeitigem Wegfall der Flugticketabgabe, um sparsame Flugbetriebe zu fördern.
- Harmonisierung der Besteuerung von Flug-, Bahn- und Busverkehr und der zugehörigen Infrastruktur; Schaffung eines unverzerrten Wettbewerbs zwischen den öffentlichen Verkehrsmitteln unter Einbeziehung externer Effekte und Berücksichtigung des öffentlichen Versorgungsauftrags.

- Schrittweise Umwandlung der Pendlerpauschale im Rahmen einer Steuerreform in ein zielgerichtetes Konzept zur Regionalförderung, mit dem konkreten Ziel den Pendlerverkehr zu verringern bzw. sinnvoller zu gestalten.

SCHLÜSSELFAKTOR INDUSTRIE

- Quantitative ökologische Risiko- und Folgenabschätzungen für alle Großprojekte im Rahmen einer bundesweit einheitlichen, standardisierten, strategischen Umweltprüfung (vor der Entscheidung für ein bestimmtes Projekt) sowie Umweltverträglichkeitsprüfung (in der Folge auf Projektebene).
- Transparenz direkter und indirekter Umweltauswirkungen und Bewertung der volkswirtschaftlichen Folgekosten. Internalisierung externer Umweltkosten und -nutzen in Produkten und Dienstleistungen.
- Bundesweit einheitliche Emissionsschutzgesetze mit evidenzbasierten Grenzwerten und Anwendungsbereichen.
- Grundstofflastigkeit des produzierenden Sektors verringern (nach Vorarlberger, Schweizer und süddeutschem Vorbild durch gezielte Ansiedlung verarbeitender Betriebe), um die Fertigungstiefe des Standorts zu erhöhen.
- Kreislaufwirtschaft (siehe auch Kapitel Wirtschaft):
 - Emissionen und Ressourcenverbrauch der Grundstoffindustrie durch die Optimierung von Rohstoff- und Abfallkreisläufen reduzieren und Ressourcenkreisläufe schließen.
 - Wiederverwerten statt Entsorgen: Urban Mining als Rohstoffquelle für Glas-, Baustoff-, Stahl- und Kupferherstellung etablieren.
 - Recyclingverfahren durch geeignete Sammellogistik und gezieltes Ein- und Ausschleusen sortenreiner Altstoffe in die Recyclingkette optimieren.
- Rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen für Entwicklung und Einsatz innovativer und ressourceneffektiver Technologien schaffen.
- Erarbeitung von Konditionen und Standards für die Vergabe von Projektanleihen zur Kofinanzierung von umweltverträglichen Projekten.

- Bis 2020 werden alle Chemikalien und Abfälle über den gesamten Lebenszyklus hinweg umweltverträglich gemanagt (SDG 12.4)
- Unternehmen werden ermutigt, nachhaltige Praktiken zu verfolgen und Nachhaltigkeitsinformationen in die Berichterstattung zu integrieren (SDG 12.6).
- EU-weite Evaluierung und Veröffentlichung der Lebensdauer von Gebrauchsgütern. Produzenten von Massengütern sollen wieder auf qualitative, langlebige Produkte setzen, die auf ressourcenschonende Weise der Deckung des Konsumbedarfs dienen.
- Produkte und Prozesse: Verstärkte Abbildung von Ressourcenverbrauch und Umweltschäden in den Steuersystemen der EU Mitgliedsstaaten, insbesondere auch für importierte Waren und Aufnahme in der Kennzeichnungspflicht in Analogie zur Energieeffizienzklasse.

SCHLÜSSELFAKTOR LANDWIRTSCHAFT

- Aktive Erhaltung und Schutz von Biodiversität und Ökosystemen durch eine nachhaltige und umweltschonende Landwirtschaft (siehe auch Kapitel Landwirtschaft).
- Begrenzung des Einsatzes von Pestiziden und Wasser nach ökologischen Maßstäben (siehe auch Kapitel Landwirtschaft).

SCHLÜSSELFAKTOR LANDWIRTSCHAFT

- Bildung für nachhaltige Entwicklung auf allen Bildungsebenen implementieren.
- Intensivierung der Forschungstätigkeiten von Universitäten, Unternehmen und außeruniversitären Instituten.
- Ermöglichen von Bürgerwissenschaft (Citizens' Science).
- Forschung zu Bürger_innenbeteiligung und zum Verhalten der Konsument_innen.

RESILIENZ

Der Begriff Resilienz umschreibt die Fähigkeit eines Systems, Störungen und Schocks zu absorbieren, sich wieder zu regenerieren und möglichst unbeschadet weiter zu existieren. Mit anderen Worten: es geht um die Widerstandsfähigkeit gegenüber kommenden problematischen Veränderungen. Wir stehen vor der Herausforderung, gegenüber den Folgen der weltweiten Klimaveränderung widerstandsfähiger zu werden. Wir müssen lernen, mit diesen Veränderungen vorausschauend umzugehen und auch für kommende Generationen vorauszuplanen. Der österreichische Sachstandsbericht Klimawandel hebt hervor, dass Österreich überdurchschnittlich betroffen ist und die Folgekosten eine große Belastung darstellen werden. Als hauptbetroffene Sektoren gelten Tourismus und Landwirtschaft, die vor großen strukturellen Herausforderungen stehen (siehe auch Kapitel Landwirtschaft).

UNSERE PLÄNE:

- Entwicklung eines österreichischen Resilienzplans mit einer Risikoabschätzung und daraus resultierender Risikominimierung, welche in einem konkreten Maßnahmenkatalog festgelegt werden.
- Das Konzept der Resilienz soll verstärkt auch in anderen Bereichen der Politik mitgedacht werden und damit zu verstärkter Krisenstabilität führen.
- Simulation, Untersuchungen und Gestaltung resilienter Systeme als Anstoß für universitäre und betriebliche Forschung und Entwicklung nutzen.

BODENSCHUTZ UND FLÄCHENMANAGEMENT

Österreichs Flächenverbrauch durch Verkehrs-, Gewerbe- und Siedlungsbau steigt trotz eines moderaten Bevölkerungswachstums steil an. Mehr als 22 ha Fläche werden hierzulande täglich versiegelt. Dieser Wert ist im internationalen Vergleich sehr hoch und es bedarf durchdachter Maßnahmen, um die fortschreitende Versiegelung zu vermindern.

Mit jedem verbauten Hektar gehen Naturraum und landwirtschaftliche Flächen unwiederbringlich verloren. Rückbau ist nur schwer möglich. In Österreich wird dieser Problematik noch viel zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet.

Als besonderes Hemmnis des durchdachten Flächeneinsatzes in Österreich erweist sich die strategisch nicht koordinierte Flächenwidmung, woraus mosaikartige Zersiedelung und teure Infrastruktur resultieren.

UNSERE PLÄNE:

- Erarbeitung einer bundesweiten Raumordnungsstrategie, die langfristige Ziele einer ausgewogenen Flächennutzung festlegt, welche dann bindend für Länder und Gemeinden ist.
- Regionale und länderübergreifende Kooperation bei der Planung von Verkehrs- und Siedlungsflächen. Dadurch werden auch die Kosten für die Errichtung und Betreibung öffentlicher Infrastruktur gesenkt und langfristig die Zahl der Pendler_innen reduziert.
- Ökologische Lenkungseffekte in der Wohnbauförderung: Höhere Förderungen für Wohnbauten mit guter Anbindung an den öffentlichen Verkehr und für verdichteten Wohnbau führt zu leistbarem Wohnen in Arbeitsplatznähe.
- Erhaltung von landwirtschaftlich hochwertigen Böden für zukünftige Generationen durch Einrichtung von Boden-Schutzgebieten sowie die Forderung nach einer internationalen Bodenschutz-Konvention.

NATURSCHUTZ, ARTENVIELFALT UND ÖKOSYSTEMERHALTUNG

Der Schutz unserer Natur und der Tier- und Pflanzenarten ist für eine gesunde und widerstandsfähige Umwelt ein Muss. Ein Verlust der Lebensräume führt zu einem Verlust der Artenvielfalt und dadurch zu einer Verkleinerung des natürlichen Gen Pools, aus dem wir und die Natur schöpfen.

Wirksame Naturschutzmaßnahmen berücksichtigen den Umstand, dass natürliche Lebensräume einem permanenten dynamischen Wandel unterworfen sind. Veränderte Anforderungen verlangen flexibel gestaltete Schutzmaßnahmen. Auch die Änderung von Schutzmaßnahmen muss in Betracht gezogen werden, so sich Gegebenheiten ändern. Dies betrifft insbesondere den Wandel von Fauna und Flora unter dem Gesichtspunkt der fortschreitenden Klimaveränderung.

UNSERE PLÄNE:

- Bündelung und Integration der momentanen Vielzahl zersplitterter ungenügend abgestimmter Einzelmaßnahmen in einer Naturschutzgesamtstrategie.
- Schaffung eines Bundesnaturschutzgesetzes, das es ermöglicht, nationale Beschlüsse und internationale Verpflichtungen bundesweit einheitlich und effizient umzusetzen.
- Einheitlich koordinierte Managementpläne für die österreichischen Schutzgebiete, um auf Veränderungen und neue Herausforderungen rasch und flexibel reagieren zu können.
- Bis spätestens 2020 sind alle vom Aussterben bedrohten Arten geschützt (SDG 15.5).
- Bis spätestens 2020 werden Ökosystem- und Biodiversitätswerte in nationale und lokale Planungsprozesse integriert (SDG 15.9).
- Bis spätestens 2020 ist die Erhaltung und Restaurierung von allen Land- und Inland-Frischwasser Ökosystemen sowie deren Integrität und nachhaltige Nutzung gewährleistet (SDG 15.1.).
- Bis spätestens 2020 werden alle Wälder nachhaltig bewirtschaftet.



Die Bürger_innenbewegung aus der Mitte der Gesellschaft

UNSERE VISION

Österreich ist eine offene Gesellschaft mit fairen Chancen für alle. Machtmissbrauch, Parteienfilz und Stillstand sind beendet. Die Bürger_innen erleben Aufbruch und Reformkraft - diese Stimmung ermutigt sie, sich zu beteiligen und die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Bildung und Innovation tragen unsere Gesellschaft. Eingebettet in ein starkes Europa führen die Menschen in Österreich ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben in Wohlstand, Sicherheit und gegenseitiger Wertschätzung. Das Vertrauen in die Zukunft ist groß.

Das ist das neue Österreich.